

BERICHT ÜBER DIE ARBEITSKONFERENZ ZUM RUSSELL-TRIBUNAL AM 26./27.3.77

1. Vorbereitendes Treffen der Arbeitsgruppen in Wiesbaden

leider konnte dieses treffen statt - wie geplant - um 17 uhr erst um 21 uhr beginnen, was aus arbeitsökonomischen gründen bei nächsten treffen unbedingt vermieden werden sollte.

erster punkt war die kritik an vorgehen vor allem der stuttgarter beim letzten treffen des initiativ Ausschusses zur vorbereitung der ak, hh und wi kritisierten vor allem, daß dort entgegen den vorab-sprachen die sekretärsfrage eingebracht worden war, weil erstens inhaltlich unter den gruppen noch nicht geklärt und zweitens taktisch ein absoluter fehler. die kritik wurde insoweit angenommen, daß es dadurch zu einer falschen alternativdiskussion gekommen sei: wer ist der richtige mann, roth oder croissant.

zweiter punkt war die einschätzung der ak und der interventionsmöglichkeiten. das wurde so bestimmt: um nicht nur in den arbeitsgruppen unsere positionen einzubringen sondern die ganze russell-initiative vom kopf auf die füße zu stellen, ist es notwendig, im plenum beiträge zu halten. dazu bot sich an, am ersten tag statt/neben cobler ein grundsätzliches referat zu halten, wie bereits abgesprochen. allerdings zeigte sich, daß keine der anwesenden gruppen dazu vorbereitet war. also wurde klaus bestimmt, das zu machen. sollte am nächsten tag vor beginn der konferenz noch durchgequatscht werden. die zweite wesentliche interventionsmöglichkeit sahen wir für die sonntag geplante diskussionsveranstaltung "brd - aus der sicht des auslands", wozu von unserer seite leute aus italien, frankreich und holland kommen sollten.

dritter punkt war nochmal ne diskussion um die frage: klaus als sekretär. dazu kam aus hh die frage, ob er gewährleisten könne, daß nicht nur raf-positionen durch ihn vertreten werden, konkret: ob er neben der forderung nach anwendung der genfer konvention auch die forderung des 2.juni nach gleichstellung vertreten könne. antwort: er halte die forderung nach anwendung der genfer konvention für richtig, vor allem nach der erfahrung des letzten 145 tage dauernden hungerstreiks mit der forderung nach gleichstellung, die nicht durchgesetzt werden konnte. das würde natürlich nicht heißen, daß er andere forderungen unterschlagen würde. wichtig sei vor allem das beiden forderungen gemeinsame, nämlich aufhebung der isolation.

2. Erster Tag des Frankfurter Arbeitstreffens

das vorgesehene treffen unter uns zur diskussion um klaus beitrag kam nicht zustande, weil eine reihe von genossen, u.a. klaus, erst zu beginn der ak um 15 uhr erschienen.

anwesend waren insgesamt ca. 250 leute.

das podium war besetzt von: KB, SB, WISK und Cobler.

nach einer einleitung von sb zur bedeutung des russell-tribunals und des kb zum gegenwärtigen stand der vorbereitung hielt cobler ein grundsätzliches referat zur entwicklung der repression der brd. das referat wurde vom id aufgenommen und kann dort angefordert werden. hier nur einige kernsätze:

wovon er sich abgrenzt ist das hickhack unter den gruppen der linken, die diskussion um kategorien und falsches verständnis von solidarität: "keine taubstumme identifikation mit raf-positionen". zwei thesen, die er für falsch hält: repression als reaktion auf aktionen der stadtguerilla / repression als reaktion auf die pol./ ökon. krise, sondern als präventive antwort auf mögliche massenbewegungen wie in italien und frankreich. der staatschutz hat längst vorgebaut, hätte es keine raf gegeben, hätte er sich andere gesucht,

an denen er die repressiven gesetze durchgezogen hätte. natürlich zielt die lex raf auf die reibungslose durchführung des prozesses in stammheim, aber die auswirkungen gehen weiter, bspw. gegen die akw-bewegung, wo dann allerdings eine kumerang-wirkung entstehen könne. verfolgt werden natürlich nur bewegungen und aktivitäten, die den staat auch tatsächlich angreifen. durch die aktuelle ökonomische und legitimationskrise wird die repression allerdings um so stärker. die psychologische kriegsführung/counterinsurgency arbeitet so, daß das verständliche sicherheitsbedürfnis der einzelnen zum staatssicherheitsbedürfnis umgedreht wird durch anprangerung der gefahr des "terrorismus". die brd sei garant für das kapital in europa, da ökonomisch am stärksten und widerstand traditionell am schwächsten.

zur frage faschismus oder nicht: was läuft, sei eine verpolizeilichung in allen gesellschaftlichen konfliktbereichen. (kob, jugendpolizei,...) herold: polizei muß zum seismographen gesellschaftlicher veränderungen werden, polizei als gesellschaftsanitäre einrichtung. mailhofer: die polizei hat präventive funktion, kriminalpolitik als ultima ratio der sozialpolitik. brd sei also ein polizei- und überwachungsstaat mit faschistischen tendenzen. man gleicht das gesetz seinem bruch an. aber es gäbe auch widersprüche innerhalb der institutionen (bsp! gerichtsurteil zu akw whyl). ~~xxxxxxx~~

opfer dieser entwicklung und bestes beispiel: die haftbedingungen politischer gefangener und die verantwortung der institutionen für den tod von politischen gefangenen. weitere beispiele: ausländerrecht, strafprozess- und strafverfahrensrecht, neues polizeirecht, demonstrationsrecht, berufsverbote und zensur.

anschließende diskussion, wo klaus erstmal kritisiert, daß in der bisherigen vorbereitungsarbeit zu russell einzelne repressionsbereiche einfach aneinandergereiht würden, statt - um eine verurteilung der brd zu gewährleisten - einen begriff vom staat brd zu erarbeiten. dazu sei ein notwendiger punkt die entstehungsgeschichte der brd. ausgehend davon, daß jeder widerstand eliminiert werden soll, erschließen sich die einzelnen repressionsbereiche wie berufsverbote, unterdrückung im betrieb etc. die qualitative spitze ist jedenfalls gegen die politischen gefangenen gerichtet, was man allein an der tatsache sieht, daß politische gefangene ermordet werden, bsp. ulrike. aufforderung an russell: soll kontinuierlich den ergebnisse der iuk miteinbeziehen.

sigrist: zur beweisaufnahme gehört unabdingbar die längere geschichte der brd, um z.b. klarzukriegen, daß die brd völkermord in afrika betrieben hat und den vietnamkrieg unterstützt hat. sonst ist die tatsache der repression garnicht zu verstehen und erstreckt nicht die existenz politischer gefangener in der brd und das vorgehen gegen sie. außerdem sei die brd bereits zweimal von der uno verurteilt worden. es sei bezeichnend, daß das hierzulande so wenig bekannt sei.

anschließend die ganzen parteivertreter:

kb: jetzt faschismus zu sagen, bedeute verharmlosung der tatsächlich faschistischen staaten, wie chile und spanien.

gim: für sie ist's immer noch ein demokratischer staat mit einschränkungen, deshalb sei wichtig, auch mit kritischen demokraten zusammenzuarbeiten.

sb: russell-tribunal sei ne bürgerliche einrichtung. da es aber in der brd keine breite bürgerliche öffentlichkeit mehr gebe, die sowas tragen könne, muessten's eben die sozialisten tun, mit der gewäh, daß interessierte bürgerliche kreise daran teilnehmen könnten.

nochmal klaus, der sich an dieser stelle m.e. in ne falsche auseinandersetzung hat drängen lassen: wenn die tatsachen so sind, muß man faschismus sagen, auch wenn das heißt, daß damit bewaffneter kampf berechtigt ist.

arnin brachte dann als wesentlichen punkt ein: die s'icht des auslands. dort wird begriffen, daß der brd-imperialismus unt der ägide des us-imperialismus steht. bsp: die anti-terror-initiativen. hinweis auf das franz.komitee gegen den deutsch-amerikanischen pakt. abschließend cobler: die lösung nur im bewaffneten kampf sehen, heißt sich der noch möglichen aktionsformen zu begeben.

bei der folgenden aufteilung der arbeitsgruppen zeigte sich, daß ca. ein drittel der anwesenden zum komplex politische gefangene arbeiten wollte. anwesend waren neben den in der beigefügten liste aufgeführten gruppen: rh berlin, knastgruppe ossendorf, justizgruppe frankfurt, id, anti-repressionsgruppe lübeck, roth-komitee, arbeiterhilfe, rechtshilfefonds bonn und einzelne vertreter aus freiburg und tübingen. da die hier angeführten gruppen ~~kixx~~ tendenziell oder explizit drauf waren, repression im knast allgemein zu behandeln und sich gegen eine trennung zwischen politischen und anderen gefangenen wandten, ging erst mal ne diskussion los: was sind politische gefangene? alle gef. sind politische gefangene! etc. das war z.t. ziemlich scheiße, weil konkurrenz diskutiert: wer hat die besseren gefangenen / gegen wen geht die meiste repression. am besten wurde es dann so auf den begriff gebracht, daß die repression gegen gefangene allgemein zwar auch ne wichtige sache sei, aber sowas in allen europäischen ländern läuft. wichtig, um den charakter der brd zu begreifen und die brd darüber angreifen zu können - wie im russell-tribunal geplant - sei das spezifische vorgehen der brd gegen politische gefangene, ihr counterinsurgency- und vernichtungsprogramm. hier kam es dann zur absehbaren und unumgänglichen trennung der oben genannten gruppen und der gruppen, die in der liste genannt sind. zahlenverhältnis: ca. 30 (knast allegmein), ca. 50 (politische gefangene).

3. Dritter Tag des Frankfurter Arbeitstreffens

vormittags war nochmal treffen der arbeitsgruppen, wobei wir konkret drabgingen, das arbeitsfeld, das wir für russell erarbeiten wollen, festzulegen und zu bestimmen, wer für welche bereiche verantwortlich zeichnet bez. sammlung und aufarbeitung des materials. (s. liste)

nachmittags lief die vorstellung der gruppen im plenum: bis jetzt gibt's also 9 gruppen: berufsverbote, vorgänge in betrieb und gewerkschaft, situation politischer gefangener, haftbedingungen, verteidigerbeschränkung, militarisierung, frauenunterdrückung, verfolgung von ausländern, medienzensur. dabei stellte sich die gruppe haftbedingungen vor mit einem konzept, das haftbedingungen, verweigerung medizinischer versorgung und isolation bei politischen und nicht-politischen gefangenen umfassen soll. wir stellten unser konzept so vor, daß haftbedingungen nur ein teil der sache sind, daß es uns weiter darum gehen muss, aufzuarbeiten, was für ein staat das ist, der hier seine gegner foltert und hinrichtet, d.h. geschichte, abhängigkeit von den usa, counterinsurgencyprogramm, geheimdienste/cia, psychologische kriegsführung, rolle in europa, anti-terror-konvention, und wo dieser staat angegriffen wurde und wird, d.h. existenz der guerilla, politischer charakter der aktionen, hungerstreiks, prozessführung. im anschluß daran verlas billie die iuk-presse-erklärung mit dem antrag, daß die ak die forderung der iuk an die bundesregierung und die landesregierung von baden-württemberg nach herausgabe des bisher unterschlagenen materials zur klärung der todesumstände von ulrike unterstützt (einstimmig angenommen) und daß der text der presseerklärung im nächsten nationalen bulletin erscheint (ebenfalls einstimmig angenommen).

als weitere wichtige gruppen sind noch zu nennen: die gruppe zu

militarisierung, die ebenfalls das counterinsurgencyprogramm der brd behandeln will und die gruppe ausländerverfolgung, die nicht nur die innenpolit he verfolgung von ausländern in der brd behandeln will sondern auch, wo die brd im ausland an der zerschlagung von aufständen bzw. an kriegern beteiligt war oder ist, bsp! afrika und vietnam.

an dieser stelle (also nachdem sich die arbeitsgruppen vorgestellt hatten) war noch ne halbe stunde zeit, also nicht zu denken an die noch geplante diskussionsveranstaltung: brd aus der sicht des auselands. es stand ebenfalls noch an die diskussion um die nationale unterstützungskommission, die nach meinung von sb und kb allerdings nicht auf der arbeitskonferenz gewählt werden sollte. wir stellten daher den antrag, den punkt um die nuk vorzuziehen, was die organisationen mit allen tricks zu verhindern versuchten, was ihnen aber letztlich nicht gelang. durchsetzen ließ sich dann die wahl des nuk an dieser stelle nicht, da zusammensetzung und funktion noch viel zu wenig diskutiert waren, aber der alternativantrag, daß der bisherige provisorische nationale initiativausschuß mit je 2 vertretern aus den arbeitsgruppen zu besetzen ist, ging mehrheitlich durch, weil viele sauer waren auf die bisherige selbtherrliche politik des initiativausschusses. ende.